

Protokoll der StuPa-Sitzung am 31.1.80

Anwesend:

Brigitte Pötzl

Jutta Gier

Müller, Posern, Pielmeyer, Hartenbach

Bös, Fingerling, Aldinger, Ewald, Reis, Flöter, Gentemann, Schneider,  
Regina Montay, Willnecker

Spille, Baus, Freytag, Horst, Gabriele Ferkinghoff, Kollatz, Giesela Hartung  
Weber, Christina Rüdinger, Schnellbacher, Bohlen, Tietz, Struwe

Ältestenrat: von Hopfgarten

ASTA: Meisel

Tagesordnung: 0. Formalia

1. Besetzung der alten Mensa Nachtweide

2. Bericht ASTA

3. Konzept Schloßkeller

4. Rechtshilfe für Heidelberger Studenten

5. Haushalt 1980 (1. Lesung)

6. ASTA-Programm

7. ASTA-Nachwahl (Info-, Fachschaft-II-, Ausländerreferat)

8. Finanzanträge

9. Anträge

10. Verschiedenes

zu 0.: Auf Antrag von H. Spille (JHG) wird der Punkt 3 auf 30 Minuten und auf Antrag von Th. Bös (BG) wird der Punkt 4 auf 15 Minuten begrenzt.

Der Punkt 4 des Protokolls der Sitzung des StuPas am 13.11.79 wird wie folgt geändert: "Das StuPa bestätigt seinen Beschluß, daß der Sozialreferent des ASTA qua Amt der studentische Vertreter im Förderungsausschuß ist. Sein Stellvertreter wurde in einem geheimen Wahlgang gewählt. Es erhielten: Matthias Fingerling 12 Stimmen

Alexander Posern 6 Stimmen

bei 2 Enthaltungen. Damit ist M. Fingerling als Stellvertreter im Förderungsausschuß gewählt."

Im Punkt 1 wird im gleichen Protokoll hinter " von Leser " die Worte " gleichlautend mit einem Antrag der Basisgruppen" eingefügt.

Im Punkt 3 wird die Passage "bevor er neu eingesetzt wird" ersetzt durch "bevor seine Wahl bestätigt wird".

Das so geänderte Protokoll wurde einstimmig angenommen.

zu 1.: Zu dem Dringlichkeitsantrag von G. Aldinger erklärt Mustafa

Özsen (Ausländerausschuß), daß die ausländischen Studenten die alte Mensa auf der Nachtweide für ihre Zwecke nicht gebrauchen können. Der Dringlichkeitsantrag wird einstimmig angenommen. Der AStA will es übernehmen, eine Presseerklärung darüber herauszugeben.

zu 2.: Ch. Rüdinger (JHG) berichtet bedauernd, daß der AStA wegen Personalmangel nicht in der Lage ist, neben der VV die geplante Diskussionsveranstaltung über Verantwortung der Wissenschaft durchzuführen.

Bei dem Konzert der Gruppe COCHISE gab es ein Defizit, das aber durch das Konzert von Ulrich Roski wieder ausgeglichen wird.

P. Schnellbacher (JHG) berichtet von einem Teilerfolg: Der Passus über den voraussichtlichen Studienabschluß im BAFÖG-Formblatt 3 wurde gestrichen. Er will sich weiter dafür einsetzen für die totale Abschaffung des Formblatts und für eine Entbürokratisierung der Antragsbearbeitung.

zu 3.: M. Kollatz (JHG) fordert, daß ins Konzept Pläne über das Fernhalten der Rauschgiftszene aus dem Schloßkeller aufgenommen werden und bemängelt, daß nichts über die Zuständigkeiten innerhalb der Gruppe gesagt wird. P. Gehrman lehnt weitere Änderungen ab, da es während der Diskussionsphase genügend Gelegenheit gegeben habe, eigene Vorstellungen einzubringen. Der Antrag der JHG, die Abstimmung auf die nächste Sitzung zu verschieben und das Konzept bis dahin zu veröffentlichen, wird mit 10 Für- und 13 Gegenstimmen abgelehnt und das Konzept mehrheitlich angenommen.

Die abgelehnten Änderungsanträge lauten wie folgt:

"Deshalb wird geplant" statt "Deshalb wird erwogen" und "Beratungsrecht" statt "Mitbestimmungsrecht" zu ersetzen.

J. Struwe und M. Kollatz geben jeder eine persönliche Erklärung zu Protokoll (Anlagen 2 und 3)

zu 4.: Der vorliegende Antrag der JHG wird dahin gehend geändert, daß der erste Satz folgendermaßen endet: "...eine Rechtshilfeunterstützung von je DM 100,-- aus dem Rechtshilfefond der Studentenschaft zu geben." Der Antrag wird bei 4 Gegenstimmen angenommen.

zu 5.: Der Haushalt für das Haushaltsjahr 1980 wird mit einer Gegenstimme und 5 Enthaltungen in erster Lesung angenommen. (Anlage 8).

zu 6.: Das AStA-Programm wird mit 14 Für-, 2 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

M. Kollatz (JHG) gibt eine persönliche Erklärung zu Protokoll. (Anlage 4)

zu 7.: Zusätzlich zur Tagesordnung stellt sich P.Schnellbächer als Sozialreferent zur Wahl.

ERGEBNIS DER ASTA NACHWAHLEN:

Kandidat	Ressort	1. <sup>+</sup>	abgeg.	ja	nein	Enth.	ungültig
Chr.Rüdinger	Info	1.	27	16	4	4	3
		2.	27	17	7	3	-
		3.	28	18	6	3	1
Mustafa Özsen	Auslän.	1.	24	24	-	-	-
Michael Siebel	FS II	1.	24	21	-	1	2
P.Schnellbächer	Sozial	1.	24	18	2	3	1
		2.	24	18	1	1	4
		3.	24	19	3	1	1

1.<sup>+</sup>: Wahlgang

Damit sind Mustafa Özsen und Michael Siebel im ersten und Christina Rüdinger und Peter Schnellbächer im dritten Wahlgang als AStA-Referenten gewählt.

zu 8.: Der Finanzantrag für die Beschaffung eines VW-Busses oder Kasten wurde mit einer Gegenstimme angenommen. (Anlage 5)

Der Finanzantrag für die Anschaffung einer Schreibmaschine wurde bei einer Gegenstimme und 7 Enthaltungen angenommen (Anlage 6)

Der Geschäftsführer wird aufgefordert, sich auch nach einer preiswerteren Lösung umzusehen.

zu 9.: Der Antrag zu Afghanistan von W.Helm wird von M.Kollatz (JHG) übernommen. W.Helm läßt den Absatz: "Ebenso wird deutlich ..." streichen und läßt den folgenden Satz mit: "Wir verurteilen das sowjetische Vorgehen und fordern den ..." beginnen. (Anlage 7) Dieser Antrag wird bei 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Wegen Beschlußunfähigkeit wird die Sitzung um 23.55 Uhr geschlossen.

gez. Wolfram Weber

### Anlage 1

Antrag der Mensabesetzer  
eingebracht von Gerd Aldinger (BG)

Das Studentenparlament begrüßt die direkte Aktion der Studenten des Fachbereichs Architektur, die selbst für den benötigten Arbeitsraum an der Uni sorgen. Wir unterstützen die Besetzer und fordern den Allgemeinen Studentenausschuß auf, ihnen in ihren Aktivitäten zu helfen!

Der AstA soll baldmöglichst ein Flugblatt veröffentlichen, indem er seine Unterstützung bekundet.

Über die Besetzung soll zu Beginn der nächsten Vollversammlung berichtet werden.

Wir fordern die Hochschulverwaltung auf, das Gebäude der ehem. prov. Mensa dem FB Architektur als Raum für studentische Aktivitäten zuzubilligen.

### Anlage 2

Persönliche Erklärung von Jochen Struwe

Mein Änderungsantrag, das Wort "Mitbestimmungsrecht" durch "Beratungsrecht" zu ersetzen, dient einzig und allein dazu, eine eindeutige Regelung der Verantwortung festzulegen und nicht dem Thekendienst Mitsprachemöglichkeiten zu verweigern. Im Gegenteil: Mitwirkung des Thekendienstes bei den angesprochenen Punkten ist dringend erforderlich und muß gewährleistet sein. In meinem Änderungsantrag ist daher keine Beschneidung der Rechte des Thekendienstes zu sehen.

### Anlage 3

Persönliche Erklärung von Matthias Kollatz

Weil ich im Studentenparlament schon zig Schloßkellerdiskussionen erlebt habe und auch mir schon gar bewußt geworden ist, daß

- die Frage der Öffnungszeiten im WS und SS Ferien, am Wochenende etc.
- die Frage der Kompetenzen zwischen Schloßkeller und Asta (ich erinnere an zahllose Gespräche in dem selben über die Frage)

dazu geführt hat, daß eine im Studentenparlament lange diskutierte Konzeption nicht voll zum Tragen kam und gegen den Widerstand vieler Engagierter, Thekendienstmitglieder und Astamitglieder (so auch mir) die schwierige Realität und Praxis der letzten Jahre entstand. Da dies seine Ursache darin hat, daß damals darauf verzichtet wurde,

diese Frage festzuschreiben, und man sich nur auf das inhaltliche Schloßkellerkonzept von ca. 1975 bezog, scheint man 1980 wieder so intelligent zu sein, die selben Fehler wie vor einiger Zeit zu machen, was mich nicht ermutigt.

#### Anlage 4

##### Persönliche Erklärung von Matthias Kollatz

In den letzten Wochen ist häufig über Sinn und Unsinn von Astaarbeit diskutiert worden und Kritik an derselben geübt worden.

Es befremdet mich sehr, daß in dieser Situation ein Astaprogramm in nicht einmal fünf Minuten mangels Wortmeldung (!! ) abgestimmt werden muß.

Für mich haben diejenigen Leute einen Gutteil ihrer Kritikwürdigkeit verspielt, die sich an der Diskussion über Ziele und Inhalt nicht beteiligen.

Die Juso-HSG hat sich bemüht, Vorschläge für die Astaarbeit zu machen, es bleibt festzustellen, daß dies keine andere Fraktion tat.

#### Anlage 5

##### FINANZANTRAG

Das StuPa möge beschließen :

Für die Beschaffung eines VW-Busses oder VW-Kastens werden 8.000,-- DM zur Verfügung gestellt.

Begründung :

Der VW-Kasten DA-HK-972 wurde verkauft, da er nur unter unvertretbar hohem Kostenaufwand wieder in einen verkehrssicheren Zustand hätte gebracht werden können.

Als Ersatz ist an einen VW-Bus oder VW-Kasten gedacht, der maximal 3 Jahre alt und nicht mehr als 60.000 km gelaufen ist.

Der Preis auf dem Gebrauchtwagenmarkt liegt für ein Fahrzeug dieses Alters und dieser Laufleistung bei etwa 7.000 bis 8.000,-- DM .

Anlage 6

Finanzantrag:

Das StuPa möge beschließen:

Für die Anschaffung einer weiteren IBM-Kugelkopfmaschine werden aus dem Haushaltstitel "Bürobedarf (Haushalt 80)" DM 3.000,-- bereitgestellt.

Begründung: Die bisherigen drei Kugelkopfmaschinen sind oft so ausgelastet, daß sich längere Wartezeiten ergeben, da Fachschaften, Erstsemesterinitiativen und einzelne Studenten in wachsendem Maße das Angebot an Büromaschinen wahrnehmen.

Anlage 7

Folgende Protesterklärung wurde auf der StuPa-Sitzung am 31.1.80 mehrheitlich beschlossen:

Protesterklärung

Das StuPa der TH Darmstadt protestiert entschieden gegen den Überfall sowjetischer Truppen auf Afghanistan.

Die Begründung für diesen Einmarsch ist so plump, wie dreist:

Wie 1968 in Prag seien die Sowjets "um Hilfe gerufen" worden, eine "ausländische Aggression" habe bevorgestanden. Sollen wir glauben, ihr ehemaliger Parteigänger Amin - den sie vor der Aggression einen "ergebenen Freund der Sowjetunion" nannten - habe die sowjetischen Truppen gerufen, damit er von ihnen gestürzt und ermordet wird?!

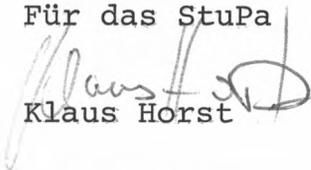
Wir meinen, daß sich die Sowjetunion durch diesen Schritt lebenswichtige Verbindungswege für die Energie- und Rohstoffversorgung Europas sichern will.

Von wegen "Hilfe-Ersuchen der afghanischen Regierung"! Hier sprechen eiskalte imperialistische Interessen - Interessen zur Eroberung der Weltherrschaft.

Wir verurteilen das sowjetische Vorgehen und fordern den sofortigen Rückzug sämtlicher sowjetischer Truppen aus Afganistan.

Wir meinen, daß jetzt alle, die sich in der Ablehnung der sowjetischen Aggression einig sind - Christen, Gewerkschafter, demokratische, sozialistische, kommunistische und auch konservative Kräfte - zusammenstehen und ihre gemeinsame Ablehnung offen demonstrieren sollen.

Für das StuPa

  
Klaus Horst

  
Christian Flöter

=====  
MITTELIUNG AN DIE PRESSE MIT DER BITTE UM ABDRUCK  
=====

An  
Darmstädter Tageblatt  
Darmstädter Echo  
Regionalblatt  
Frankfurter Allgemeine Zeitung  
Frankfurter Rundschau  
Tageszeitung

# STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

Protokoll zur TH-Vollversammlung am 7.2.1980 ,14.00 Uhr  
im Audi-Max

Tagesordnung: 1.) VDS - Mitgliedschaft  
2.) Bericht AStA

Vor Behandlung der Tagesordnungspunkte wurden kurze Informationen zur

- Situation der Studenten in Heidelberg, die mit Strafanzeigen von der Uni-Leitung angeklagt wurden
- Besetzung der Alten Mensa Lichtwiese durch Architekturstudenten.

Hierzu erklärte die VV ihre Solidarität und unterstützte die Forderungen der Besetzer der Mensa.

zu Top 1: Michael Siebel begründete den Antrag des AStA .

Die Situation in der VDS habe sich in der letzten Zeit gewandelt, daher müsse die Studentenschaft die Stornierung der Gelder an die VDS überdenken. Weiterhin gelte es, in der VDS zu bleiben, um die Interessen der Studenten auch bundesweit vertreten zu können. Da Ende Februar die nächste MV stattfindet, sollte die VV jetzt über den weiteren Verbleib in der VDS befinden.

Wilfried Machill, Geschäftsführer der VDS, erläuterte Aufgabenstellung und Tätigkeit der VDS. Er gab Informationen zur Finanzsituation und beantwortete Fragen aus dem Plenum.

Anschließend wurde die Rednerliste eröffnet.

Ein Meinungsbild ergab eine eindeutige Mehrheit für den Antrag des AStA (s. Anlage) und wurde somit angenommen.

Der Änderungsantrag von Klaus Reimann (s. Anlage) wurde abgelehnt ( Ja: 58/Nein: 44/Enth.: 18 ).

zu Top 2: Michael Siebel stellt die nachgewählten AStA-Referenten vor:

Christina Rüdinger: Info-Ref.

# STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

Michael Siebel:Fachschafts-Ref. II

Peter Schnellbacher:Sozial-Ref.

Mustafa Özşen : Ausländer-Ref.

Weiter sind im AStA tätig:

Dieter Meisel:Hochschule

Asmus Freytag:Fachschaft I

Herbert Spille:Finanzen

Uwe Fritsche:Ökologie

Matthias Kollatz:Presse

Der neue Geschäftsführer ist Klaus Horst, die Buchhaltung wird von Christian Flöter gemacht.

Nach dieser Vorstellung des AStAs berichtete M.Siebel von den Aktivitäten des AStA im WS 79/80 und die geplante Arbeit.

C.Rüdinger führte diese Punkte weiter aus.

P.Schnellbacher berichtete über die Arbeit seines Referates und H.Spille über das Urteil im Normenkontrollverfahren gegen die Hochschule.

Nach dem Bericht AStA fand wegen mangelnder Beteiligung des Plenums keine Aussprache mehr statt.

Anlagen

Anlage 1

## ANTRAG DES ASTA AN DIE TH-VV

DIE TH-VV MÖGE BESCHLIESSEN:

DIE STUDENTENSCHAFT DER THD BLEIBT WEITERHIN MITGLIED IN DEN VEREINIGTEN DEUTSCHEN STUDENTENSCHAFTEN UND NIMMT AB WS 79/80 DIE BEITRAGSZAHLUNGEN WIEDER AUF.

### Begründung:

Der AstA hält eine Dachorganisation der Studentenschaften für notwendig, um den Informationsfluß und Erfahrungsaustausch zwischen den Studentenschaften und die Zusammenarbeit mit anderen Studentenschaften möglich zu machen. Die schlechten Arbeitsbedingungen der VDS haben sich erkennbar gebessert. Dies sieht man vorallem an dem von der VDS durchgeführten Studienreformkongress, an einigen arbeitenden Fachtagungen und Projektbereichen. Da am 20.2.80 eine VDS-Mitgliederversammlung stattfindet, halten wir es für notwendig dort unser Stimmrecht wahrzunehmen. Auf dieser Mitgliederversammlung werden wir uns dafür einsetzen, daß die Verfaßte Studentenschaft mit allen Rechten versehen bleiben muß. Wir werden uns gegen eine reaktionäre Studienreform wehren, die in Zusammenhang mit nicht ausreichenden Bafög-Sätzen zu einem dequalifizierten Studium führt. Darüberhinaus werden wir darauf hinwirken, daß die VDS verstärkt die Bereiche unterstützt, die in Fachtagungen und Projektbereichen konkrete Basisarbeit leisten.

AStA

Anlage 2

## ANTRAG DES ASTA AN DIE TH-VV

DIE TH-VV MÖGE BESCHLIESSEN:

DIE STUDENTENSCHAFT DER THD BLEIBT WEITERHIN MITGLIED IN DEN VEREINIGTEN DEUTSCHEN STUDENTENSCHAFTEN UND NIMMT AB WS 79/80 DIE BEITRAGSZAHLUNGEN WIEDER AUF.

Sie behält sich vor, die Beiträge notfalls (wie im Falle Tübingens) zurückzubehalten, um wirksamen Protest ausdrücken zu können.

### Begründung:

Der AstA hält eine Dachorganisation der Studentenschaften für notwendig, um den Informationsfluß und Erfahrungsaustausch zwischen den Studentenschaften und die Zusammenarbeit mit anderen Studentenschaften möglich zu machen. Die schlechten Arbeitsbedingungen der VDS haben sich erkennbar gebessert. Dies sieht man vor allem an dem von der VDS durchgeführten Studienreformkongress, an einigen arbeitenden Fachtagungen und Projektbereichen. Da am 20.2.80 eine VDS-Mitgliederversammlung stattfindet, halten wir es für notwendig dort unser Stimmrecht wahrzunehmen. Auf dieser Mitgliederversammlung werden wir uns dafür einsetzen, daß die Verfaßte Studentenschaft mit allen Rechten versehen bleiben muß. Wir werden uns gegen eine reaktionäre Studienreform wehren, die in Zusammenhang mit nicht ausreichenden Bafög-Sätzen zu einem dequalifizierten Studium führt. Darüberhinaus werden wir darauf hinwirken, daß die VDS verstärkt die Bereiche unterstützt, die in Fachtagungen und Projektbereichen konkrete Basisarbeit leisten. Die Studentenschaft der THD wünscht eine stärkere Orientierung der Hochschulpolitik der Studentenschaft auf die Landesebene, da viele Verschlechterungen aus den jeweiligen Kultusministerien kommen.

Für die Basisgruppen an der THD:

Klaus Reimann

Datum 1.2.1980 La  
Durchwahl 16 2820  
Az IB - 780-1-1-  
- 600-5-2-

*Der Präsident  
der Technischen Hochschule  
Darmstadt*

An den  
Vorstand des  
Studentenparlaments  
im AStA  
im Hause

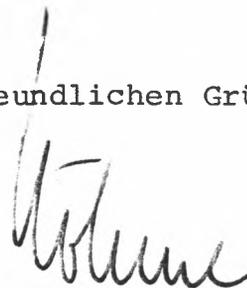
Betr.: Studentische Vertreter im Studentenwerksvorstand  
Bezug: Ihr Schreiben vom 14.1.1980

Sehr geehrte Herren!

Wie ich Vertretern des AStA bereits am 29.1.1980 erklärte, kann ich auch nach der Entscheidung des VGH Kassel in dem Normenkontrollverfahren Spille ./ TH Darmstadt (Az.: VI N 1/79, VGH Kassel) noch nicht sehen, daß die Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachschaftsräten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt worden wären.

Daher kann ich als Vorsitzender des Studentenwerks die Wahl von Herrn Spille in den Studentenwerksvorstand nicht akzeptieren.

Mit freundlichen Grüßen



Liebe Christine!

Kannst Du bitte diesen Bericht je einmal an die Stupamitglieder verschicken!

Bericht über die erste Versammlung der Landeshochschulkonferenz

Am ~~12.~~ 12. 1979 fand in Gießen Friedberg die erste Sitzung der Landeshochschulkonferenz ~~zu~~ statt. Schon bei Punkt 3 der vorgeschlagenen Tagesordnung ~~für die Konferenz~~-es ging um die Festlegung der Tagesordnung-lief sich die Konferenz fest. Mehrheitlich hatten die Fachhochschulen einen Initiativantrag durchgebracht, der sich grundsätzlich mit Fragen von Lehre und Studium, mit der hierarchischen Struktur in Forschung und Lehre, mit Arbeitsplatzqualität und Personalbedarf sowie mit Selbstverwaltung der HS'en und den Berufsverböten befaßte. Gleichzeitig beinhaltete ~~xxxx~~ dieser Initiativantrag sich nicht mit weiteren Top-s zu beschäftigen. Scharfsinnig bemerkte uns Böhme daraufhin, daß ja dann keine Konstituierung der LHK zustande kommen könne, da erst Punkt 4 der vorgeschlagenen TO die Wahl eines Vorsitzenden der LHK vorsah. Das Argument Böhmies löste Betroffenheit unter den Anwesenden Honoratioren aus und selbst bei einigen Studenten wich die rosige Gesichtsfarbe einem Blässe! Soweit hatte man nun doch nicht gehen wollen!

Böhme befand sich nun voll in seinem Element, konnte er doch ~~jetzt~~ zeigen was für ein witziges Bürschlein er ~~ist~~ ist. Hatte er ~~schon~~ schon die ganze Konferenz in Schrecken und Panik versetzt, so schien er auch gleichzeitig gewillt ~~xxxxxx~~ der Rettungsanker der Konferenz zu sein, denn in einem weiteren Redebeitrag wies er daraufhin, daß man ja Rechtsauskunft einholen könne um das Dilemma zu klären in dem sich die LHK befand. Da aber Rechtsauskunft gewöhnlich nicht ad hoc zu bekommen sei, .... was nun sprach Böhme?

Nun war der Zeitpunkt für Krollmann gekommen, die Schwierigkeiten der Konferenz zu lösen... und wie macht er das? Nun, ganz einfach! Nach Paragraph 9 HHG existiert die LHK, es kann, so Krollmann weiter, also auch nicht von einer Konstituierung resp. Nichtkonst. die Rede sein: die LHK existiert und damit basta. Nachdem man sich ca. 2 Stunden herumgeschlagen hatte kam Krollmann und alles ging wie von selbst. Da das vorgesehene Pensum auf dieser Konferenz nicht mehr absolviert werden konnte einigt man sich auch gleich auf einen neuen Termin. Bericht dazu wird's geben, allerdings hoffe ich, das diese ~~xxxx~~ nächste Konferenz erquicklicher wird als die letzte.

LuF

Diskussionsvorschlag zum Verhalten des ASTA auf der vds - mv

Der ASTA wird sich auf der mv für folgende Punkte einsetzen

1. Wiederbelebung und Neueinrichtung von Projektbereichen, insbesondere Lehrerausbildung, Ökologie, Repression gegen Studentenschaften
2. Einrichtung und Unterstützung von Fachtagungen durch materielle Hilfe schwerpunktmäßig im math.-natwi.-ing Bereich, wo dies teilweise bisher noch nicht der Fall ist
3. Aktionsvorschläge für das nächste Jahr
  - im nächsten Semester Aktionen zur Disziplinierung studentischer Organe (Hessen z.B. Vermögensbeirat, Prozesse wegen Abhaltens von Vollversammlungen etc). Dazu bieten sich Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit an. Hier sollte die vds ernsthaft lokale Aktivitäten unterstützen
  - im nächsten Jahr Mobilisierung in der sozialen Frage, die aber über Bafög hinaus angelegt sein muß und z.B Ausländerfragen und Wohnprobleme miteinschließen muß. Anzustreben sind bundesweit oder landesweit koordinierte Aktionen (Demos, Stadtarbeit). Der vds soll Seminare zur Diskussion dieser Fragen veranstalten
  - Studienreform, Kritik an der staatlichen Hochschulpolitik. An konkreten Vorschlägen in der jetzigen Arbeit bieten sich Schulungsseminare Veranstaltungsreihen vor Ort und vielleicht eine mv speziell zu dieser Frage zu Beginn nächsten Jahres an
4. Zum Verhalten des ASTA auf der mv
  - votieren für die Stimmausgabe für die USten in Ba-Wü, so dort demokratische Entscheidungsprozesse in der Studentenschaft stattgefunden haben
  - die im letzten Jahr stornierten Beiträge sollen im wesentlichen zur Unterstützung konkreter Einzelvorhaben in Baden-Württemberg und Bayern benutzt werden. Ansonsten bietet sich an, z.B. Fahrtkostenpatenschaften etc. für Ba-Wü Fachtagungsteilnehmer etc. zu übernehmen

Erklärung des Bundesbasisgruppenseminars vom 8.-10. <sup>Februar</sup> Januar 1980  
in Tübingen

Basisgruppenfraktion in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften macht Weiterarbeit in den Organen der vds von einer Grundsatzklärung der 5. o.MV gegen die etablierten Parteien im Wahljahr 1980 abhängig. - Auszug der BG-Fraktion und Oppositionsrolle gegen einen staatsloyalen Richtungsverband angedroht.

1.) Zur Rolle der BG-Fraktion in den vds

Die Basisgruppen als heterogener Zusammenschluß undogmatischer linker Studentengruppierungen an den westdeutschen und westberliner Hochschulen stellen den Großteil des aktiven Protestpotentials gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Hochschulreform, die umfassenden sozialen Verschlechterungen und die zunehmende politische Unterdrückung in der BRD. Das Wählerpotential der Basisgruppen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen, die Staatsverdrossenheit in der jungen Generation, insbesondere unter den Studenten, hat sich angesichts der politischen und ökonomischen Verhältnisse und der zunehmenden gesamtgesellschaftlichen Bedrohung durch die Atomstaatspolitik aller etablierten Parteien weitgehend verschärft. Ausdruck dieser Entwicklung waren die spontanen Massenaktionen an den bundesdeutschen und westberliner Hochschulen der Jahre 1976-77, die massive Breite der Antikernkraftbewegung, der Kampf für demokratische Rechte in einem zunehmend repressiver werdenden System und die alternative grün-bunte Wahlbewegung zu den etablierten Parteien. Insbesondere im Deutschen Herbst 1977, in der Durchsetzung des Hochschulrahmengesetzes auf der Ebene von Landeshochschulgesetzen und in der Kriminalisierung des aktiven Protestpotentials in allen gesellschaftlichen Bereichen hat sich für breite Teile der jüngeren Generation die Notwendigkeit alternativer Perspektiven zum vorherrschenden gesellschaftlichen System verdichtet.

Die BG-Fraktion, die zeitweise mehr als 40 demokratisch gewählte Studentenvertretungen in der BRD und Westberlin stellt und an den meisten Hochschulen ein wesentlicher politischer Faktor in der Studentenbewegung ist, hat in der Konsequenz der Hochschul- und AKW-Auseinandersetzung des Jahres 1976 die als "Aktionseinheit" deklarierte Zusammenarbeit mit den anderen in vds vertretenen Studentenorganisationen, JUSO-Hochschulgruppen, Liberaler Hochschulverband,

Sozialistischer Hochschulbund und Marxistischer Studentenbund Spartakus, zugunsten einer linken Oppositionsrolle in den vds aufgekündigt und den anderen Fraktionen punktuelle Zusammenarbeit angeboten. In den vergangenen Jahren hat sich mehr und mehr verdeutlicht, daß die vds-Mehrheit nicht bereit war, diese punktuelle Zusammenarbeit offensiv auf das Verhältnis zum Staat und den etablierten Parteien auszudehnen, die Auseinandersetzungen nach dem bundesweiten Streik Ende 1977 anlässlich des Brandt-Gesprächs haben klar gemacht, daß insbesondere Jungsozialisten und Liberaler Hochschulverband mit Unterstützung der "gewerkschaftlich orientierten Kräfte" MSB und SHB die Vereinigten Deutschen Studentenschaften ins Fahrwasser einer Mitwirkung an der Umsetzungspolitik der kapitalistischen Hochschulreform gegen die umfassenden politischen Interessen der Studentenbewegung manövrieren. Beredtes Beispiel war die Nichtanerkennung der Vertretung der Tübinger Studentenschaft nach der Zwangsauflösung der Verfaßten Studentenschaft auf der 4. o. vds-MV von 1979, die zum Auszug der BG-Fraktion führte. Die kommissarische Weiterarbeit des BG-Vertreters im vds-Vorstand während der vergangenen Legislaturperiode war an die massive materielle und politische Unterstützung für die unabhängigen Studentenschaften in Bayern und Baden-Württemberg, die aktive Arbeit im Ökologie- und Antirepressionsbereich geknüpft. Die Viererkoalition aus MSB, SHB, JUSO-Hochschulgruppen und LHV, die sich auf der 4. o. vds-MV gebildet hatte, machte sich während der vergangenen Legislaturperiode hauptsächlich daran, Auftragsarbeit für die sozialliberale Koalition im studentischen Sozialbereich und der Durchsetzung kapitalistischer Studienreformpläne zu betreiben. Ein Bezug zu realen politischen Bewegungen, wie etwa der Rock-gegen-Rechts-Bewegung in Frankfurt, der alternativen Wahlbewegung und einer Antirepressionspolitik gegen die massive Kriminalisierung studentischer Aktivistinnen aus den vergangenen Jahren war ebensowenig zu beobachten wie die Solidarität mit demokratischen und sozialistischen Kräften in den Staaten des real existierenden Sozialismus.

3  
Statt dessen wurde unter dem Deckmantel einer Anti-Strauß-Orientierung die indirekte Unterstützung der sozialliberalen Koalition für das Wahljahr 1980 in die Wege geleitet und die Orientierung studentischer Politik auf die Zusammenarbeit mit sozialliberalen Basisorganisationen weiter vorangetrieben. Die radikalen Forderungen der Studentenbewegung, die umfassenden politischen Interessen der Studentenschaften gegen die Durchsetzung der kapitalistischen Hochschulreform und ihrer repressiven politischen und sozialen Begleiterscheinungen standen demgegenüber hintenan. Die derzeit g. vorherrschende Politik in den vds

wurde zum staatsloyalen Hebel studentischer Entpolitisierung und Spaltung der fortschrittlichen Kräfte.

Durch die kommissarische Weiterarbeit der BG-Fraktion in den vds entstand der Schein einer Duldung dieser Orientierung und eines Mittragens der indirekten Wahlunterstützung für die etablierten Parteien im Wahljahr 1980.

Die BG-Fraktion, die in der Tradition der antiautoritären und sozialistischen Studentenbewegung steht hat ihre Mitarbeit in den vds stets davon abhängig gemacht, daß die vds als fortschrittlicher Studentenverband die politische Interessenvertretung der Studenten gegen den Staat und das dahinter stehende Kapitalverhältnis und damit gegen die etablierten Parteien auszurichten habe. Diese Grundmaxime der fortschrittlichen Studentenbewegung scheint in der gegenwärtigen Situation für die vds-Mehrheit keine Gültigkeit mehr zu besitzen. Die Anbindung von Jusos und LHV an eine demagogische Reformpolitik der Sozialliberalen für die achtziger Jahre samt ihrer zusätzlichen Finanzierung mit Geldern aus dem Verfassungsschutzetat und die taktische Bündnisorientierung der gewerkschaftlich orientierten Kräfte auf diese Politik haben die vds zu einem staatsloyalen Interessensverband verkommen lassen, der die umfassenden politischen Interessen der Studenten zur Mitwirkung an den Maßnahmen der kapitalistischen Hochschulreform hinorientiert. Oberstes Ziel für diese Orientierung ist die politische Machterhaltung der sozialliberalen Koalition im Wahljahr 1980 unter Einbeziehung studentischen Wählerpotentials.

Die BG-Fraktion hat neben verschiedenen tagespolitischen Kämpfen im vergangenen Jahr wesentlich an der Orientierung auf Protestwahlverhalten unter den Studenten und an der Mitarbeit in alternativen grünen und bunten Wahlbewegungen festgehalten. Ihr Bezug auf eine Alternative zu den etablierten Parteien durch Basisbewegungen ist Prinzip der Politik der Studentenschaften in den vergangenen zehn Jahren.

## 2.) Forderungen der BG-Fraktion an die vds-MV

Die BG-Fraktion macht eine weitere Mitarbeit in den Organen der vds von einer Grundsatzerklärung der 5. o.vds-MV gegen alle etablierten Parteien abhängig. Sie fordert die vds insgesamt auf, die Studenten zum Protestwahlverhalten gegen die Verursacher der kapitalistischen Hochschulreform und des insgesamt politischen Klimas in der BRD aufzurufen, Diskussionen und Veranstaltungen an den Hochschulen zu organisieren, die im Wahljahr 1980 verdeutlichen, daß die Studenten-

schaften in ihrer Orientierung auf die Durchsetzung ihrer politischen Interessen einen eigenständigen Weg gegen die etablierten Parteien zu gehen haben. Die vds als Dachverband der westdeutschen und westberliner Studentenschaften werden von den Basisgruppen von ihrer Struktur nicht infrage gestellt, die vorherrschende Politik der vds-Mehrheit aber umso offensiver einer Kritik unterzogen, Sollte eine von der BG-Fraktion auf die 5. o.MV eingebrachte Grundsatzklärung gegen die etablierten Parteien im Wahljahr 1980 von der vds-Mehrheit nicht akzeptiert werden, wird die BG-Fraktion ~~weitere~~ sich für keinerlei weitere Mitarbeit in den Organen der vds zur Verfügung halten und die MV verlassen. Die BG-Fraktion arbeitet an Projekten innerhalb der vds, die für die politischen Ziele einer radikalen Alternative von Interesse sind, weiterhin mit, die offene Auseinandersetzung mit der Politik der vds-Mehrheitsfraktionen an den Hochschulen wird im Sommersemester 1980 im Vordergrund stehen neben der selbstverständlichen Auseinandersetzung mit der Politik konservativer und reaktionärer Kräfte.

### 3.) Die Basisgruppen konsolidieren sich eigenständig

④ Der bisher lockere Zusammenhang verschiedener Basisgruppen an westdeutschen und westberliner Hochschulen, der im wesentlichen über die freiwillige Zusammenarbeit von BG-Asten und örtlicher Basisgruppen über die BG-Fraktion in den vds organisiert war, soll in die Richtung eines Studentenverbandes der undogmatischen linken Basisgruppen weiter entwickelt werden. Dabei streben die Basisgruppen den Ausbau von Kommunikations- und Kooperationszusammenhängen einzelner örtlicher Basisgruppen, die Einbeziehung breiter Teile unorganisierter studentischer Diskussions- und Aktionsgruppen, kultureller und politischer Aktivitäten und ökologischer Strömungen in den Hochschulen an. Sie werden Bestrebungen einleiten, um die materielle und politische Unabhängigkeit von den vds über Beiträge, Förderkreise und Publikationswesen voranzubringen. Dabei streben sie die aktive politische Zusammenarbeit mit allen alternativen und autonomen Strömungen in der Gesellschaft, linkssozialistischen Organisationen, der Frauenbewegung, Jugendzentrumsbewegung, Bürgerinitiativen und den Teilen der Arbeiterbewegung an, die die vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage stellen. In diesem Sinne werden sich die Basisgruppen an den Bestrebungen für eine sozialistische Konferenz beteiligen, den Zusammenhalt von autonomen und linken Kräften innerhalb und außerhalb der alternativen Wahlbewegung fördern und über einzelne Projekte innerhalb und außerhalb des Hochschulbereichs ih-

ren Beitrag zur Herausbildung selbstorganisierter Kräfte in einer radikaldemokratischen alternativen Strömung des Protestpotentials in der Bundesrepublik Deutschland leisten.

Diese Tendenz schließt nicht aus, daß Zusammenarbeit mit der Basis der Jugendorganisationen von SPD/FDP und Genossinnen und Genossen im linken Flügel dieser Parteien möglich ist, genauso wie es zu taktischen Bündnissen mit antikapitalistischen Kräften der verschiedenen sich kommunistisch nennenden Strömungen an einzelnen Punkten kommen kann, wenn deren Sektiererei und Ausgrenzungspolitik gegenüber Kräften der Neuen Linken in der Form offener Aktionseinheitspolitik in ihre Grenzen gewiesen wird.

Aus diesen Zusammenhängen heraus werden die Basisgruppen als autonomer Flügel der Studentenbewegung ihre weitere politische Perspektive innerhalb und außerhalb der Strukturen der Verfaßten Studentenschaft und der vds als deren bundesweiten Dachverband diskutieren und ihre Interventionen davon abhängig machen, ob der Stellenwert von Koalitionen und Bündnissen für ihre politische Zwecke nützlich ist.

Diese Erklärung wurde auf dem Bundesbasisgruppenseminar vom 8.-10. ~~Januar~~<sup>Februar</sup> 1980 in Tübingen nach ausführlicher Diskussion über Strategie und Taktik der Basisgruppenpolitik an den Hochschulen für das Wahljahr 1980 verabschiedet. Wir fordern alle fortschrittlichen Gruppierungen auf, diese Erklärung zu diskutieren, breitestmöglich zu veröffentlichen, Kritik und Zustimmung zu äußern und unser Angebot auf konstruktive Zusammenfassung aller alternativen und radikaldemokratischen Kräfte im Hochschulbereich durch praktische Zusammenarbeit anzunehmen. Es leben die BASISGRUPPEN!

(5)

Kontaktadresse: Basisgruppen, Geschäftsstelle c/o Uli Tost,  
7500 Karlsruhe, Karlstr. 39, 3.Stock,  
Tel. 0721/23151 od. 0721/20742

Kommentar zum Bg-Papier :

Dieses Papier ~~KÖNNEN~~ bedarf einer Kommentierung . Über die Sprache und den Stil sollte man hinwegsehen. Da uns leider die Zeit gefehlt hat ausführlich auf Einzelheiten einzugehen, bezieht sich der Kommentar nur auf die Tendenz des Papiers.

- ① Aus dem Protestwahlverhalten folgt noch lange kein aktiver Proëst. Der Ausdruck Studentenbewegung bezieht sich ~~auf~~ für uns auf die politisch aktiven Studenten. Und Basisgruppen müssen nicht der einzige Ausdruck undogmatischer politischer Aktivitäten sein.
- ② Wir finden es richtig, dem VDS den Kochlöffel auf die Brust zu s setzen. Prinzipiell befürworten wir die VDS, wolen aber nicht alles mitmachen und damit unterstützen, nur um der Existenz willen. Z.B. in Bezug auf die Beitragszahlungen kann das heißen, daß man, w wie in Frankfurt erwogen, die Beiträge prozentual aufteilt:  
50% an die Vds-Geschäftsstelle, 25% an überregionale Projekte, 25% an lokale Projekte.
- ③ Wir halten die Mitarbeit (Beteiligung an Gremien etc.) ~~für~~ in einem staatsloyalen Verband für schädlich. Durch die Eingliederung in ein parlamentaristisches System wird die Protestbewegung in eine falsche Richtung gelenkt. (Wir lehnen alle Parteien mit ihren autoritären und hierarchischen Strukturen ab. Wir sehen die Gefahr, daß "SPV Die Grünen" Ebenfalls vom Wahlbündnis zur Patrei degeneriern.) Die Bgen dürfen nicht aufgrund ihres Phlegmas zur Wahlhilfe für die etablierten Parteien benutzt werden.
- ④ Der BG- Dachverband darf kein zweiter SDS werden. Der Zweck kann nur sein, die organisatorischen Zusammenhang s- und überregionale Kommunikationsstrukturen zu verbessern. Diese Verbesserungen sollen bewirken, daß alle undogmatischen Leute mitarbeiten können.
- ⑤ Zum Schlußsatz ist zu bemerken, daß die BG ein Teil der p "undogmatischen Linken" - politisch aktiven Leuten sind, sie leben und sterben mit ihnen, und sind als Gruppe oder als Individuen nicht ausgrenzbar.

*Die Nummern beziehen sich auf die Textstellen der Erklärung, die mit selbigen bezeichnet sind*

Diskussionsvorschlag zum Verhalten des AstA auf der vds - mv

Der AstA wird sich auf der mv für folgende Punkte einsetzen

1. Wiederbelebung und Neueinrichtung von Projektbereichen, insbesondere Lehrerausbildung, Ökologie, Repression gegen Studentenschaften
2. Einrichtung und Unterstützung von Fachtagungen durch materielle Hilfe schwerpunktmäßig im math.-natw.-ing Bereich, wo dies teilweise bisher noch nicht der Fall ist
3. Aktionsvorschläge für das nächste Jahr
  - im nächsten Semester Aktionen zur Disziplinierung studentischer Organe (Hessen z.B. Vermögensbeirat, Prozesse wegen Abhaltens von Vollversammlungen etc). Dazu bieten sich Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit an. Hier sollte die vds ernsthaft lokale Aktivitäten unterstützen
  - im nächsten Jahr Mobilisierung in der sozialen Frage, die aber über Bafög hinaus angelegt sein muß und z.B Ausländerfragen und Wohnprobleme miteinschließen muß. Anzustreben sind bundesweit oder landesweit koordinierte Aktionen (Demos, Stadtarbeit). Der vds soll Seminare zur Diskussion dieser Fragen veranstalten
  - Studienreform, Kritik an der staatlichen Hochschulpolitik. An konkreten Vorschlägen in der jetzigen Arbeit bieten sich Schulungsseminare Veranstaltungsreihen vor Ort und vielleicht eine mv speziell zu dieser Frage zu Beginn nächsten Jahres an
4. Zum Verhalten des AstA auf der mv
  - votieren für die Stimmausgabe für die USten in Ba-Wü, so dort demokratische Entscheidungsprozesse in der Studentenschaft stattgefunden haben
  - die im letzten Jahr stornierten Beiträge sollen im wesentlichen zur Unterstützung konkreter Einzelvorhaben in Baden-Württemberg und Bayern benutzt werden. Ansonsten bietet sich an, z.B. Fahrtkostenpatenschaften etc. für Ba-Wü Fachtagungsteilnehmer etc. zu übernehmen

Zur Mitgliedschaft in der vds:

Wie auf der VV vom 7.2.80 bekanntgegeben, will der AStA der TH seine Mitgliedschaft in der vds reaktivieren.

Da es nicht genügt, dies einfach kundzutun - schließlich ist man ja nicht einfach so ausgetreten, sollte der AStA einen konkreten Auftrag

- a.) für seine Mitarbeit in der vds allgemein,
- b.) für die nächste MV

bekommen.

Folgende Punkte sollten Bestandteil eines solchen Auftrags sein:

- ~~Keine~~ <sup>ke</sup> Beitragsnachzahlung an die vds, stattdessen sollten die Gelder für konkrete Projekte verwendet werden, z.B. zur Unterstützung von "illegalen" Asten u.ä. *Die Kontrolle muß gewollt werden*
- Zusätzlich zu den bestehenden Projektbereichen sollte sich der AStA dafür einsetzen, daß ein Projektbereich "Repression" eingerichtet wird.
- Die politische und materielle Unterstützung für die "illegalen" Asten sollte verstärkt werden, insbesondere durch "Patenschaften" Übernahme von presserechtlicher Verantwortung für besonders bedrohte Asten durch den vds-Vorstand Unterstützung von Asten, die wegen der Wahrnehmung des politischen Mandats ("Veruntreuer-Prozesse") Prozesse am Hals haben. breitere Informationspolitik des vds-Vorstand über oben genannte Punkte
- Ausdruck der Unterstützung der "illegalen" Asten ist die Vergabe von Stimmrecht - das ist das Mindeste!

Der AStA wird beauftragt <sup>vor Beginn des Sommersemesters</sup> innerhalb einer Woche nach dem vds-Kongress einen ausführlichen Bericht zu erarbeiten, der an sämtliche StuPa- und Fachschaftsmitglieder verschickt wird, damit zu Beginn des Sommersemesters eine fundierte Diskussion über die Ereignisse/Ergebnisse der MV geführt werden kann.

Ein solcher Bericht muß als mindestes enthalten:

Welche Asten waren anwesend/stimmberechtigt  
Die Tagesordnung, bzw. die behandelten Punkte  
sämtliche vorgelegten Haupresolutionen, einschließlich der (vielleicht) verabschiedeten.

Das Abstimmungsverhalten unserer Vertreter, und zwar mit Begründung

*Wert*  
Das Fachschaftenplenum sollte oben angeführtes als Antrag an das StuPa stellen.

14.2.80

Hiermit erkläre ich,  
daß ich mein Mandat  
als Mitglied des Studenten  
parlamentes niederlege.

Donaustadt, den 01.02.80

Asma Rzyty

Nachfolger:

Stefan Michallik (1#6)

Horst

Datum 1.2.1980 La

Durchwahl 16 2820

Az IB - 780-1-1-  
- 600-5-2-

*Der Präsident  
der Technischen Hochschule  
Darmstadt*



An den  
Vorstand des  
Studentenparlaments  
im AStA  
im Hause

Betr.: Studentische Vertreter im Studentenwerksvorstand

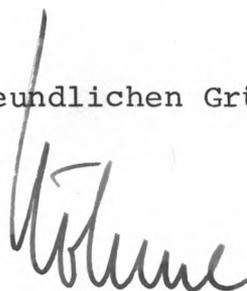
Bezug: Ihr Schreiben vom 14.1.1980

Sehr geehrte Herren!

Wie ich Vertretern des AStA bereits am 29.1.1980 erklärte, kann ich auch nach der Entscheidung des VGH Kassel in dem Normenkontrollverfahren Spille ./.. TH Darmstadt (Az.: VI N 1/79, VGH Kassel) noch nicht sehen, daß die Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachschaftsräten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt worden wären.

Daher kann ich als Vorsitzender des Studentenwerks die Wahl von Herrn Spille in den Studentenwerksvorstand nicht akzeptieren.

Mit freundlichen Grüßen



	1979	1980
<b>I. Einnahmen</b>		
1. Studentenschaftsbeiträge	225.000.--	240.000,--
2. Kapitalertrag	2.500.--	4.000,--
3. Auflösung Kapital	1.000.--	-----
	<hr/>	<hr/>
	228.500.--	244.000,--
	=====	=====
<b>II. Ausgaben</b>		
1. Beiträge und Zuschüsse an Dritte		
1.1. vds, vds-MV, Stimmgelder	29.000.--	30.000,--
1.2. Zuschüsse und Beiträge, LAK	2.500.--	2.000,--
2. Personalkosten		
2.1. Löhne, Gehälter	53.000.--	60.900,--
2.2. AE Vorstand	39.600.--	39.600,--
3. Sachkosten		
3.1. Büro	7.000.--	8.000,--
3.2. Telefon	6.500.--	6.500,--
3.3. sonst. Geschäftskosten	1.500.--	1.500,--
3.4. Reparaturen und Anschaffungen unter DM 500.--	2.000.--	2.000,--
3.5. Abschreibungen	1.500.--	1.500,--
3.10. Dispfond Vorstand	7.000.--	8.000,--
3.11. Parlamentswahl usw.	2.000.--	2.000,--
3.12. Rechtsberatung, gerichtskosten, rechtsanwalt	12.000.--	10.000,--
3.13. Reisekosten	4.000.--	4.000,--
3.14. kulturelle Veranstaltungen	5.000.--	9.000,--
3.20. Fachschaften	22.000.--	30.000,--
3.30. Sozialreferat I	1.000.--	1.000,--
3.31. Sozialreferat II	1.000.--	1.000,--
3.32. Inforeferat	21.000.--	27.000,--
4. Rücklagen		
4.1. Allgemeine Rücklagen	5.900.--	-----
4.2. Rücklagen Schloßkeller	5.000.--	-----
	<hr/>	<hr/>
	228.500.--	244.000,--
	=====	=====